

ausgabe 2/2010

verein für politische bildung

freiheit für kärnten

jetzt
neu!

bundespräsidentenwahl

neuwal journal

meinungen. information. kommentare. analysen. diskussion!

S.7
top/flop
termine

S.2
live dabei:
platzverbot zum
wahlkampf-
auftakt

S.5
NEU:
highlights der
woche

S.4
mein senf:
kommentar

S.6

 **neuwal café**

neuwal - immer live dabei

Es tut sich was in Österreich: Wahlkampfaufträge, Veranstaltungen und Diskussionen, wohin das Walauge blickt.

Wir waren beim Startgottesdienst von Rudolf Gehring / CPÖ und beim streng reglementierten Wahlkampfauftakt von Barbara Rosenkranz / FPÖ. In Kürze folgen Interviews mit Kandidaten und Persönlichkeiten wie Hubsi Kramar (3raum Anatomietheater) oder Michael Frank (Süddeutsche Zeitung).

Viel Vergnügen bei der Lektüre! wünschen Dieter Zirnig, Dominik Leitner, Stefan Egger und das neuwal-Team

„platzverbot!

Dieser Artikel ist die Folge eines überraschenden Platzverweises bei der Wahlkampfveranstaltung von Barbara Rosenkranz am 9. April 2010 in St.Pölten. Von Dieter Zirnig.

Ich wurde von Passanten angesprochen, ob ich eine "Akkreditierung" fürs Fotografieren der Bundeskanzler-Kandidatin habe. Als Zuseher wurde ich der Polizei übergeben und wurde von der Veranstaltung ausgeschlossen.

Erst während der Veranstaltung habe ich erfahren, dass ein "Platzverbot" ausgesprochen worden ist. Dieses Platzverbot erlaubt, Menschen ohne Erklärungsbedarf von einer Veranstaltung zu verweisen. Das es sich dabei um eine politische Wahlkampfveranstaltung handelt stimmt mich in Verbindung mit dieser Aktion bedenklich.

Die Exekutive hat alles im Griff

Die Polizei schreibt (siehe unten): "Ein paar grölende Gegner wurden von der Polizei schon vor dem Betreten weg gewiesen. Das Platzverbot am Riemerplatz hat sich also bewährt und auch die Exekutive hatte alles im Griff."

Ich habe den Eindruck gewonnen, dass ein Platzverbot auch dazu mißbraucht werden kann, dass jeder – vor allem Andersdenkende (und dabei rede ich nicht von Rechtsextremismus) – ohne Grund verwiesen werden können.

Demokratie lebt von Gegenstimmen und von Meinungen. Andere Stimmen durch Platzverbot zu verbieten halte ich für bedenklich.

Angst vor dem Publikum?

Nach einigen Recherchen im Internet habe ich herausgefunden, dass bei der Wahlkampfveranstaltung von Barbara Rosenkranz am 9. April 2010 in St. Pölten am Riemerplatz ein Platzverbot nach §§ 36 Abs. 1 und 49 Sicherheitsgesetz (SPG) ausgesprochen worden ist. Es wurde auf der Website

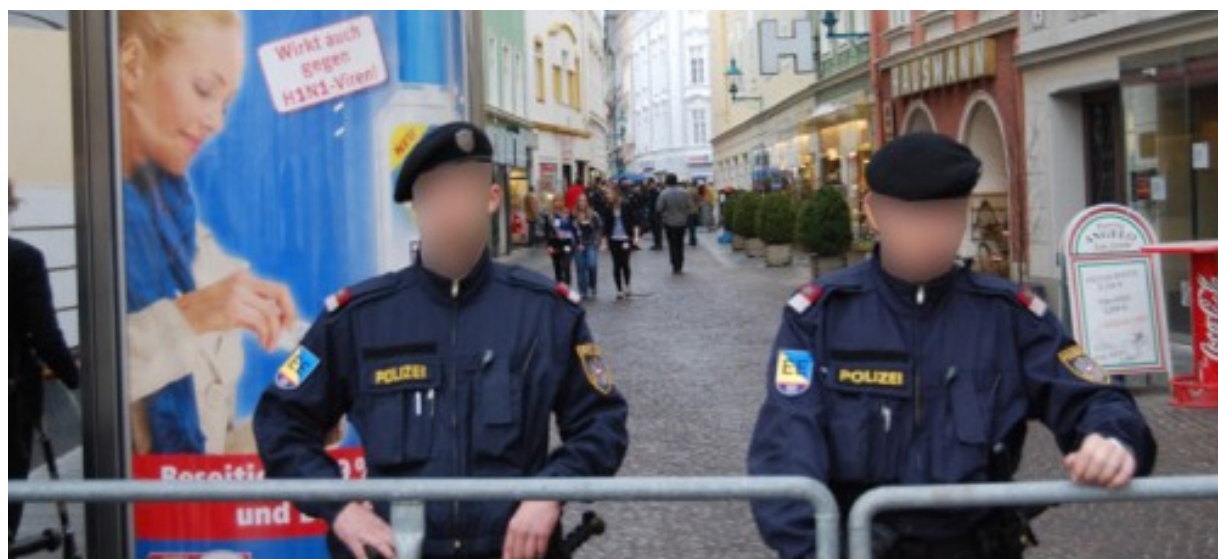
der Landeshauptstadt St. Pölten veröffentlicht. Grund für dieses Platzverbot, so lese ich in der Verordnung, waren bisherige Erfahrungen bei Wahlkampfveranstaltungen der FPÖ in Klosterneuburg und Wiener Neustadt, wo es zu Zwischenfällen mit Gegenveranstaltern gekommen ist.

Aufenthalt verboten!

Der Aufenthalt ist während der Veranstaltung auf dem Riemerplatz generell verboten. Ich lese in Punkt 1 dieser Verord-

nung, dass der Aufenthalt während der Veranstaltung auf dem Riemerplatz generell verboten ist, da auf Grund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass eine allgemeine Gefahr für Leben oder Gesundheit mehrerer Menschen [...] in großem Ausmaß entstehen wird.

Ausnahmen werden in Punkt 2 beschrieben. Diese richten sich meiner Ansicht an einen sehr kleinen Benutzerkreis:



Wahlkampfkundgebung Barbara Rosenkranz und Gegendemo mobilisiert Einsatzkräfte



Angehörige von Einsatzorganisationen, Vertreter von Behörden, Anrainer, akkreditierte Medienvertreter oder Personen, die in diesem Bereich einen Arzt aufsuchen oder arbeiten. Weiters lese ich den Satz "Veranstalter und Personen, die an der Wahlkampfauftaktveranstaltung von Barbara Rosenkranz teilnehmen und mitwirken".

Durchlesen der Verordnung. Kann ich den Eindruck gewinnen, dass ein diversifiziertes Publikum nicht erwünscht ist?

Ich wundere mich, wieso Politik durch Absicherung mit Einsatzkräften und Exekutive in diesem großen Ausmaß unterstützt bzw. abgesichert werden muß. Ich hatte das Gefühl, dass diese Kombination nicht wirklich passend ist.

Was bedeutet teilnehmen und mitwirken – und was bedeutet nicht teilnehmen und mitwirken? Wo beginnt eine Nicht-Teilnahme; wie wird das erkannt und wer bestimmt das? Was passiert, wenn jemand nicht "teilnimmt und mitwirkt"? Wieso gibt es ein Platzverbot bei politischen Veranstaltungen in einer freien Demokratie?

Platzverbot und Exekution

Wer dem Platzverbot zuwider den Gefahrenbereich betritt oder sich in ihm aufhält, begeht gemäß § 84 Abs. 1 Z 1 SPG eine Verwaltungsübertretung und ist mit Geldstrafe bis zu € 360,-, im Falle ihrer Uneinbringlichkeit mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Wochen, zu bestrafen. Ich habe gemischte Gefühle beim

Und – dass eine unabhängige Exekutive rigoros darüber entscheiden darf, wer bei einer politischen Veranstaltung teilnehmen darf und nicht. Es mag sich jeder seine eigene Meinung bilden:

[...] Gemäß §§ 36 Abs. 1 und 49 Sicherheitspolizeigesetz (SPG), BGBl Nr. 1991/566 idGF, erlässt die Bundespolizeidirektion St. Pölten folgende Verordnung: [...]

1. Das Betreten des Bereiches und der Aufenthalt, von der Rathausgasse 1 beginnend bis zur Ecke Rathausgasse/ Kremsergasse, bis zur Ecke Wiener Strasse/ Riemerplatz Nr. 3, die Schreinerergasse bis zum Haus Schreinerergasse 7, vom Riemerplatz bis zur Linzerstrasse 8, Einmündung Prandtauerstrasse (siehe beigefügten Plan), wird von der BPD St. Pölten als Sicherheitsbehörde verboten, da aufgrund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist, dass eine allgemeine Gefahr für Leben oder Gesundheit mehrerer Menschen oder eine allgemeine Gefahr für das Eigentum oder Umwelt

in großem Ausmaß entstehen wird. Die Nichtbefolgung dieses Verbotes wird als Verwaltungsübertretung erklärt.

2. Am angeführten Ort dürfen sich – abgesehen von den Organen des öffentlichen Sicherheitsdienstes – folgende Personen weiterhin aufhalten:

- Angehörige von Einsatzorganisationen
- Vertreter von Behörden
- Anrainer
- Veranstalter und Personen, die an der Wahlkampfauftaktveranstaltung von Barbara Rosenkranz teilnehmen und mitwirken
- akkreditierte Medienvertreter
- Personen, die ein berechtigtes Interesse (insbesondere Hotelaufenthalt, Arbeitsstätte, Arztbesuche etc.) nachweisen können und
- Personen mit ausdrücklicher Genehmigung der Bundespolizeidirektion St. Pölten

3. Diese Verordnung tritt am 9.4.2010, um 15 Uhr in Kraft. Um einen möglichst weiten Kreis potentiell Betroffener zu erreichen, erfolgt die Kundmachung durch Anschlag & Verlautbarung durch Medien.

4. Diese Verordnung wird aufgehoben, sobald die Gefährdung nicht mehr zu befürchten ist und tritt jedenfalls spätestens nach 3 Monaten nach ihrem Wirksamwerden außer Kraft.

5. Hinweis: Wer dem Platzverbot zuwider den Gefahrenbereich betritt oder sich in ihm aufhält, begeht gemäß § 84 Abs. 1 Z 1 SPG eine Verwaltungsübertretung und ist mit Geldstrafe bis zu € 360,-, im Falle ihrer Uneinbringlichkeit mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Wochen, zu bestrafen.

„Das Platzverbot hat sich bewährt“ Auf der Seite der Landeshauptstadt kann ich heute vom gestrigen Einsatz der Polizei beim Wahlkampfauftakt lesen:

Hunderte Polizisten in Uniform und Zivil, Absperrungen, eine eingerichtete Sperrzone und mehr beherrschen das Bild der Innenstadt von St. Pölten Wie berichtet, verhängte die Polizei über den Riemerplatz ein Platzverbot. Eine Morddrohung von Rechtsextremen welche an die Gegendemonstranten im Internet gerichtet wurde, verschärfte die Situation zusätzlich. Die Wahlkampfkundgebung begann um 16.00 Uhr und rund 400 Besucher waren bei der Wahlkampfveranstaltung anwesend. Ein paar grölende Gegner wurden von der Polizei schon vor dem Betreten weg gewiesen. Das Platzverbot am Riemerplatz hat sich also bewährt und auch die Exekutive hatte alles im Griff.

Quelle: Wahlkampfkundgebung Barbara Rosenkranz und Gegendemonstranten mobilisiert Einsatzkräfte



Dieter Zirinig

und was meint ihr dazu? postet jetzt eure meinung auf neuwal.com

„mein senf“

Österreichs Kandidaten für das höchste Amt im Staate sagen mehr über das Land aus als zahlreiche schlaue Studien und politische Abhandlungen.

Einem verdienten Routinier, der scheinbar zum gemütlichen Repräsentieren geboren wurde, stehen zwei verschrobene Außenseiter auf verlorenem Posten gegenüber.

Klarer als bei anderen Wahlen wird deutlich, was Österreichs Parteien von Demokratie halten, wenn sie ihnen nicht direkt von Nutzen ist: wenig.

Das ist eine gefährliche Entwicklung. Wenn Parteien, die (im internationalen Vergleich) viel Steuergeld dafür verwenden, ihr Volk zu regieren, sich nur noch jenen Abstimmungen stellen und nur noch jene politischen Wahlen mitmachen, in denen sie dank klarer Favoritenrollen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit gewinnen, ist die Politik am Ende.

So weit ist es natürlich bei nüchterner Betrachtung noch nicht - ein mehr als schaler Beigeschmack durchzieht jedoch die Bundespräsidentenwahl.

Ihren Ausgang nahmen die seltsamen Entwicklungen, als sowohl ÖVP als auch Grüne auf einen Hofburg-Kandidaten verzichteten und sich die FPÖ noch nicht für Rosenkranz entschieden hatte.

Aus parteipolitischer Sicht verständlich: Schwarze wie Grüne wollten keine der (rar gesäten) Kandidaten für hohe politische Ämter in einer aussichtslosen Wahl „verheizen“, die Blauen haben versucht, aus dieser Situation Wählerkapital zu schlagen.

Das ist schiefgegangen. Hochrangige ÖVP-Politiker haben Erklärungsnotstand, warum sie sich gegen den überparteilich antretenden Fischer stellen oder gar einen der Randgruppen-Kandidaten unterstützen, und Heinz-Christian Strache rudert nach Kräften zurück, seit sich Rosenkranz als (wenig überraschend) nicht mehrheitsfähiger Schuß in den Ofen erwiesen hat - Krone-Unterstützung hin oder her!

Was bleibt, sind ein beschädigtes Präsidentenamt sowie ein durch seine seltsamen Gegenkandidaten und koalitionäre Machtspielchen politisch isolierter amtierender Bundespräsident.

Wer die Ansprüche an das Amt des Bundespräsidenten mit den Profilen der Kandidaten vergleicht, kommt schnell zu dem Schluss, dass es sich - erneut - um eine Wahl ohne Wahlmöglichkeit handelt.

Umso bedenklicher sind unreflektierte Empfehlungen, „alles außer Fischer“ oder „am besten Weiß“ zu wählen. Es bleibt zu hoffen, dass die Wähler wieder einmal schlauer sind als jene Bauernfänger, die mit unlauteren Mitteln um ihre Stimme rittern.

Stefan Egger



www.neuwal.com/wahlumfragen

>> FISCHER UND FERNER LIEFEN
Bis auf den Aprilscherz (mit Gehring vor Rosenkranz), der für einige verwirrte Kommentare sorgte, bleiben die Umfragezahlen weiter unspektakulär. Die große Unbekannte wird diesmal die Wahlbeteiligung sein - sinkt sie sehr stark, ist der seitens SPÖ erhoffte Rückenwind vollends beim Teufel. Fischer bemüht sich jedenfalls, unabhängig aufzutreten.

2. April 2010 –
13:40 | BPW 2010

**Umfrage Bundespräsidentenwahl (01.04.2010):
Fischer 71, Rosenkranz
13, Gehring 2**

Der Standard veröffentlichte am 2. April ihre aktuelle Umfragen zur Bundespräsidentenwahl: 71 % der Österreicher würden Heinz Fischer ihre Stimme geben, 13 % Barbara Rosenkranz und 2 % Rudolf Gehring.

>> Story von Dieter Zirnig



6. April 2010 –
10:17 | BPW 2010

Hauptsache medienwirksam ... die FPÖ

Wie es die FPÖ schafft, mit den fragwürdigsten Themen und der dadurch entstandenen Medienaufmerksamkeit von den eigentlich wichtigen Themen abzulenken.

>> Story von Dominik Leitner

ORF

7. April 2010 –
19:47 | BPW 2010

**Rosenkranz ohne Krone?
– “FP-Schmutzkampagne
gegen Fischer”**

Nachdem Hans Dichand mit seiner Kronen Zeitung die Kandidatur von Barbara Rosenkranz schon monatelang insgeheim erhofft & herbeigesehnt hat, ihr die Aufgabe zukam, die Kandidatur via Strache-Interview zu verkünden, geht sie nun wohl richtig auf Abstand zur Wunschkandidatin.

>> Story von Dominik Leitner



8. April 2010 –
19:02 | BPW 2010

**Kirche distanziert sich
von Gehring**

Der Bundespräsidentenskandidat Rudolf Gehring von der Christlichen Partei Österreichs (CPÖ) sorgte schon mit seinen Aussagen zu z.B. Homosexualität und Abtreibung kurz nach Bekanntwerden seines Antritts zur Bundespräsidentenwahl.

>> Story von Dominik Leitner



April 8, 2010 –
Das Neue Kärnten

**VOTE4LH: Slug (766) vor
Haselmayer (749), Köchl
(327) und Holzer (270)**

Auf VOTE4LH findet seit einigen Tagen die “Wahl des alternativen Landeshauptmanns von Kärnten” statt. Es wird der Super-Landeshauptmann gesucht, jeder Kärntner kann sich bewerben und mitmachen – das Online-Voting läuft 14 Tage und endet am Freitag, 16. April 2010. Eine gute Initiative um die Möglichkeiten einer direkten Demokratie zu demonstrieren und Bewußtsein zu schaffen.

Insgesamt wurden bereits knapp 5.000 Stimmen abgegeben.

>> Story von Dieter Zirnig

„ausblick

top oder flop?

>> FLOP: „BABYCAUST“

Viele Dinge, die Rudolf Gehring von der CPÖ so von sich gibt, wirken bei genauerem Hinsehen bedenklich. Mit der (nicht provozierten) Aussage im Standard-Interview, in dem er klarstellt, dass der von ihm verwendete Begriff „Babycaust“ für Abtreibungen bewusst an den Holocaust gemahnt und auch quantitativ schlimmer sein soll, schießt den Vogel aber ab. So nicht, Herr Gehring!

>> TOP: FISCHER SCHIMPFFEN

Angeblich soll UHBP ja heikle Entscheidungen scheuen - Kritikern stellt er sich jedoch gerne. Von ehemaligen und aktuellen Europapolitikern aller Lager ließ er sich gerne zu mehr Mut in der Minderheitenfrage (Stichwort Ortstafeln) und mehr EU-Engagement ermahnen. Bei letzterem gelobte er Besserung.

termine

13.04.	20:15h	PULS4	„Wer wird Austria's Next President?“
	21:15h	PULS4	„30 Minuten...“ mit Heinz Fischer
15.04.	22:25h	ORF	„Wahl 10“ mit Heinz Fischer
18.04.	20:15h	PULS4	„Meine Wahl“ - der Präsident
	22:00h	ORF	„TV-Konfrontation“
21.04.	21:20h	ATV	„Am Punkt Spezial“
25.04.			Bundespräsidentenwahl Österreich
	16:34	ATV	„Wahltag LIVE“
	16:50	ORF	„Bundespräsidentenwahl 2010 - Erste Hochrechnung“

Herausgeber und Inhaber:

neuwal - Verein zur Förderung der politischen Bildung
Weiglasse 14/15-17, 1150 Wien
Tel.: +43 676 926996
info@neuwal.com

folge dem wal!



<http://feeds.feedburner.com/neuwal>



<http://www.facebook.com/pages/Neuwal/20230831587>



<http://twitter.com/neuwal/>



<https://www.google.com/calendar/hosted/neuwal.com>



<http://neuwal.soup.io>



TRIFF UNS DISKUTIER MIT - beim neuwal café!
Details und Termine: <http://www.neuwal.com/>